

Sonderdruck aus:

Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Karen Schober

Zur Ausbildungs- und Arbeitsmarktsituation
ausländischer Jugendlicher in der Bundesrepublik
Deutschland – gegenwärtige Lage und künftige
Perspektiven

14. Jg./1981

1

Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB)

Die MittAB verstehen sich als Forum der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Es werden Arbeiten aus all den Wissenschaftsdisziplinen veröffentlicht, die sich mit den Themen Arbeit, Arbeitsmarkt, Beruf und Qualifikation befassen. Die Veröffentlichungen in dieser Zeitschrift sollen methodisch, theoretisch und insbesondere auch empirisch zum Erkenntnisgewinn sowie zur Beratung von Öffentlichkeit und Politik beitragen. Etwa einmal jährlich erscheint ein „Schwerpunktheft“, bei dem Herausgeber und Redaktion zu einem ausgewählten Themenbereich gezielt Beiträge akquirieren.

Hinweise für Autorinnen und Autoren

Das Manuskript ist in dreifacher Ausfertigung an die federführende Herausgeberin Frau Prof. Jutta Allmendinger, Ph. D. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 90478 Nürnberg, Regensburger Straße 104 zu senden.

Die Manuskripte können in deutscher oder englischer Sprache eingereicht werden, sie werden durch mindestens zwei Referees begutachtet und dürfen nicht bereits an anderer Stelle veröffentlicht oder zur Veröffentlichung vorgesehen sein.

Autorenhinweise und Angaben zur formalen Gestaltung der Manuskripte können im Internet abgerufen werden unter http://doku.iab.de/mittab/hinweise_mittab.pdf. Im IAB kann ein entsprechendes Merkblatt angefordert werden (Tel.: 09 11/1 79 30 23, Fax: 09 11/1 79 59 99; E-Mail: ursula.wagner@iab.de).

Herausgeber

Jutta Allmendinger, Ph. D., Direktorin des IAB, Professorin für Soziologie, München (federführende Herausgeberin)
Dr. Friedrich Buttler, Professor, International Labour Office, Regionaldirektor für Europa und Zentralasien, Genf, ehem. Direktor des IAB
Dr. Wolfgang Franz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Mannheim
Dr. Knut Gerlach, Professor für Politische Wirtschaftslehre und Arbeitsökonomie, Hannover
Florian Gerster, Vorstandsvorsitzender der Bundesanstalt für Arbeit
Dr. Christof Helberger, Professor für Volkswirtschaftslehre, TU Berlin
Dr. Reinhard Hujer, Professor für Statistik und Ökonometrie (Empirische Wirtschaftsforschung), Frankfurt/M.
Dr. Gerhard Kleinhenz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Passau
Bernhard Jagoda, Präsident a.D. der Bundesanstalt für Arbeit
Dr. Dieter Sadowski, Professor für Betriebswirtschaftslehre, Trier

Begründer und frühere Mitherausgeber

Prof. Dr. Dieter Mertens, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Karl Martin Bolte, Dr. Hans Büttner, Prof. Dr. Dr. Theodor Ellinger, Heinrich Franke, Prof. Dr. Harald Gerfin,
Prof. Dr. Hans Kettner, Prof. Dr. Karl-August Schäffer, Dr. h.c. Josef Stingl

Redaktion

Ulrike Kress, Gerd Peters, Ursula Wagner, in: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB), 90478 Nürnberg, Regensburger Str. 104, Telefon (09 11) 1 79 30 19, E-Mail: ulrike.kress@iab.de; (09 11) 1 79 30 16, E-Mail: gerd.peters@iab.de; (09 11) 1 79 30 23, E-Mail: ursula.wagner@iab.de; Telefax (09 11) 1 79 59 99.

Rechte

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und unter genauer Quellenangabe gestattet. Es ist ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages nicht gestattet, fotografische Vervielfältigungen, Mikrofilme, Mikrofotos u.ä. von den Zeitschriftenheften, von einzelnen Beiträgen oder von Teilen daraus herzustellen.

Herstellung

Satz und Druck: Tümmels Buchdruckerei und Verlag GmbH, Gundelfinger Straße 20, 90451 Nürnberg

Verlag

W. Kohlhammer GmbH, Postanschrift: 70549 Stuttgart; Lieferanschrift: Heßbrühlstraße 69, 70565 Stuttgart; Telefon 07 11/78 63-0; Telefax 07 11/78 63-84 30; E-Mail: waltraud.metzger@kohlhammer.de, Postscheckkonto Stuttgart 163 30. Girokonto Städtische Girokasse Stuttgart 2 022 309. ISSN 0340-3254

Bezugsbedingungen

Die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ erscheinen viermal jährlich. Bezugspreis: Jahresabonnement 52,- € inklusive Versandkosten: Einzelheft 14,- € zuzüglich Versandkosten. Für Studenten, Wehr- und Ersatzdienstleistende wird der Preis um 20 % ermäßigt. Bestellungen durch den Buchhandel oder direkt beim Verlag. Abbestellungen sind nur bis 3 Monate vor Jahresende möglich.

Zitierweise:

MittAB = „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ (ab 1970)
Mitt(IAB) = „Mitteilungen“ (1968 und 1969)
In den Jahren 1968 und 1969 erschienen die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ unter dem Titel „Mitteilungen“, herausgegeben vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit.

Internet: <http://www.iab.de>

Zur Ausbildungs- und Arbeitsmarktsituation ausländischer Jugendlicher in der Bundesrepublik Deutschland – gegenwärtige Lage und künftige Perspektiven

Karen Schober*)

Mit den sich ändernden politischen und ökonomischen Bedingungen der letzten fünfzig Jahre hat sich auch das Problem der beruflichen Eingliederung ungelerner Jugendlicher gewandelt: es ist von einem Massen- zu einem Randgruppenphänomen geworden. In den achtziger Jahren wird es vorrangig ein Problem der zweiten und dritten Ausländergeneration sein, die derzeit in der Bundesrepublik heranwächst – und hier vornehmlich der türkischen Jugendlichen, die 1980 knapp die Hälfte aller Ausländer unter 15 Jahren stellen.

Die Integration der Ausländerjugendlichen im Bildungsbereich ist bislang noch nicht zufriedenstellend gelungen. Im Bereich der allgemeinbildenden Schulen liegt die Schulbesuchsquote zwar mittlerweile bei durchschnittlich 84%, im Bereich der Grundschule sogar bei nahezu 100%, doch ist die schulische Integration durch die hohe regionale Konzentration der Ausländer sowie deren Konzentration auf die Hauptschule, die von 75% der ausländischen Schüler im Sekundarbereich I besucht wird, erheblich erschwert.

Im Bereich der beruflichen Bildung sind Ausländer stark unterrepräsentiert. Nur rund die Hälfte der berufsschulpflichtigen Ausländer besucht die Berufsschule. Von allen 15- bis unter 19jährigen Ausländern erhalten

- 16% eine Ausbildung im dualen System,
- 5% besuchen weiterführende berufliche Vollzeitschulen,
- 22% sind Teilzeitberufsschüler ohne Ausbildungsvertrag oder besuchen ein Berufsgrundbildungsjahr und
- 57% (92 000) erhalten überhaupt keine berufliche Qualifizierung.

Der Anteil der Ausländer an allen Jugendlichen ohne Ausbildungsvertrag in der Bundesrepublik beträgt derzeit 37%. Er wird in den kommenden Jahren weiter ansteigen, wenn geburtenstarke Ausländerjahrgänge ins ausbildungs- und erwerbsfähige Alter kommen. Die Zahl der ausländischen Schulabgänger wird bis 1991 auf mindestens 80 000 pro Jahr ansteigen, das entspricht einem Anteil von 25 % aller Schulabgänger mit Beendigung der Vollzeitschulpflicht.

Von allen Ausländern zwischen 15 und 20 Jahren standen 1978 rund 75 000 weder in einem Arbeits- noch in einem Ausbildungsverhältnis, das entspricht einem Drittel dieser Altersgruppe.

Gliederung

1. Die Jungarbeiterfrage im Wandel
2. Struktur und Entwicklung der ausländischen Wohnbevölkerung
3. Situation der Ausländerkinder an allgemeinbildenden Schulen
 - 3.1 Schulbesuch
 - 3.2 Modellrechnung zur Entwicklung der Schüler- und Schulabgängerzahlen
4. Berufliche Bildung
 - 4.1 Berufsschulbesuch
 - 4.2 Versorgung mit betrieblichen und schulischen Ausbildungsplätzen
5. Arbeitslosigkeit und Nichterwerbstätigkeit
6. Zusammenfassung und Ausblick

1. Die Jungarbeiterfrage im Wandel

Die »Jungarbeiterfrage« ist alt und doch immer wieder neu, weil sie über die Zeit hinweg immer wieder ein neues Gesicht bekommt. Und dieser Wandel erfordert jeweils andere politische und pädagogische Konzepte zur Bewältigung der anstehenden Probleme. Ein kurzer historischer Abriss möge dies verdeutlichen.

In der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen, als vornehmlich die Elite der Handwerker- und Arbeiterschaft ihre Kinder (meist die Jungen) in eine berufliche Lehre schickte, war der Jungarbeiter- bzw. Ungelerntenstatus kein Randgruppenphänomen, sondern betraf breite Bevölkerungskreise, hier insbesondere die Mädchen. Die Quote der Jugendlichen, die ohne Ausbildung ins Erwerbsleben eintraten, betrug damals rund ein Drittel.¹⁾ Die Jungarbeiterfrage war zu jener Zeit nicht so sehr das Problem der sozialen Diskriminierung einer Minderheit als vielmehr das berufspädagogische Problem einer angemessenen schulischen Versorgung dieser Jugendlichen in der Teilzeitberufsschule.²⁾

In den ersten etwa 10 Jahren nach dem zweiten Weltkrieg, als die geburtenstarken Jahrgänge der 30er Jahre ins ausbildungs- und erwerbsfähige Alter kamen und als – bedingt durch die Kriegsauswirkungen – Arbeits- und Ausbildungsplätze knapp waren, war Ausbildungslosigkeit ebenfalls kein Makel oder individuelles Versagen, sondern weit verbreitetes Schicksal dieser Nachkriegsgeneration (»Jugendberufsnot«³⁾). Spätestens jedoch mit Beginn der sechziger Jahre und den veränderten ökonomischen Bedingungen in der Bundesrepublik Deutschland verbesserten sich auch die Bildungs-

*) Karen Schober ist Mitarbeiterin im IAB. Der Beitrag liegt in der alleinigen Verantwortung der Autorin. Er stellt eine überarbeitete Fassung eines Papiers für die »Hochschultage Berufliche Bildung 1980« an der Universität Bremen vom 1.-4. 10. 1980 dar.

¹⁾ Münch, J., H.-J. Musielak, K. Schober, K. Stratmann, W. D. Winterhager, Jugendliche ohne Ausbildungsvertrag. Bericht der Wissenschaftlichen Kommission. Reihe Arbeit und Beruf, Band 24, hrsg. vom Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 1979, S. 24.

²⁾ Röhrs, H.-J., K. Stratmann, Die Jungarbeiterfrage als berufspädagogisches Problem, in: Schweikert, K., u.a., Jugendliche ohne Berufsausbildung - ihre Herkunft, ihre Zukunft - Schriften zur Berufsbildungsforschung, Band 30, Hannover 1975.

³⁾ Schelsky, H., u.a., Arbeitslosigkeit und Berufsnot der Jugend, Köln 1952.

chancen für die nachwachsende Generation – sowohl im Hinblick auf die Zahl der zur Verfügung stehenden Ausbildungsplätze, als auch im Hinblick darauf, daß für breite Bevölkerungskreise die materielle Not weitgehend beseitigt war, und die Familien den Jugendlichen auch finanziell eine berufliche Ausbildung ermöglichen konnten. Es war dies die Zeit, in der der Anteil der Jugendlichen ohne Ausbildungsvertrag rapide zurückging bis auf rund 10% eines Altersjahrgangs.⁴⁾ Immer mehr Jugendliche besuchten weiterführende allgemein- und berufsbildende Schulen oder durchliefen eine Lehre im dualen System.

Übrig blieben Mädchen, deren berufliche Entwicklungsmöglichkeiten sowohl wegen tradierter Rollenvorstellungen als auch durch ein mangelhaftes Ausbildungsangebot nach wie vor beschränkt waren, und jene männlichen Jugendlichen, die entweder vorrangig am raschen Gelderwerb interessiert waren, oder die aufgrund familiärer und schulischer Sozialisationsdefizite Lernschwierigkeiten hatten.⁵⁾ Für beide Gruppen – die auf die traditionelle Geschlechterrolleinteilung hin erzogenen Mädchen und die »nicht ausbildungswilligen« oder »-fähigen« Jungen – hielt der westdeutsche Arbeitsmarkt Ungelerntenarbeitsplätze in großer Anzahl bei vergleichsweise guter Entlohnung bereit. So war Ende der sechziger Jahre das Jungarbeiterproblem für Berufspädagogen und Politiker einerseits zu einem Problem geschlechtsspezifischer Benachteiligung (mehr als zwei Drittel aller Jugendlichen ohne Ausbildungsvertrag waren weiblich), andererseits zu einem Problem männlicher Lernbehinderter geworden (rund 50% der männlichen Jugendlichen ohne Ausbildungsvertrag hatten zuvor die Sonderschule besucht bzw. die Hauptschule ohne Abschluß verlassen).⁶⁾

Ende der sechziger Jahre gab es dann erste Ansätze, das bisherige Konzept der Teilzeitberufsschule in sogenannten Jungarbeiterklassen zu verändern und statt dessen einjährige Vollzeitschulmaßnahmen durchzuführen. Die Werkklassen in Hamburg und in Köln sowie weitere Maßnahmen der Schulen und der Arbeitsverwaltung (Förderungslehrgänge, Grundausbildungslehrgänge) stellten erste Versuche dar, diesen Jugendlichen ein verbessertes Bildungsangebot zu machen.⁷⁾

Zunächst von der Öffentlichkeit noch weitgehend unbemerkt setzte seit Beginn der siebziger Jahre eine sukzessive Verknappung auf dem Ausbildungsstellenmarkt ein, die bereits vor der Rezession von 1974/75 zu ersten Schwierigkeiten bei der Versorgung der Schulabgänger mit Ausbildungsstellen führte.⁸⁾ Die Zahl der Jungarbeiter nahm zu, und die soziale Zusammensetzung dieses Personenkreises änderte sich: Es

waren wieder mehr männliche Jugendliche vertreten – meist solche ohne Hauptschulabschluß, die wegen der verschärften Selektionsprozesse am Ausbildungsstellenmarkt keine Stelle erhielten.⁹⁾

Die Situation verschlechterte sich weiter mit dem tiefen wirtschaftlichen Einbruch 1974/75 und den ab 1977 auf den Arbeits- und Ausbildungsstellenmarkt drängenden starken Schulentlassjahrgängen. Jugendarbeitslosigkeit und Ausbildungskrise prägen seit 1974 die Diskussion um die Jungarbeiterfrage. Denn nun befinden sich unter den Jungarbeitern nicht mehr vorwiegend Mädchen und lernbehinderte Jungen, sondern zunehmend solche Jugendliche, die unter anderen Arbeitsmarktkonstellationen auch einen Ausbildungsplatz bekommen hätten.

Bund und Länder haben auf diese neue Problemlage mit einem breit gefächerten Angebot an einjährigen Vollzeitbildungsmaßnahmen schulischer und außerschulischer Art reagiert (Berufsprüfungsjahr, Sonderformen des Berufsprüfungsjahres, Berufsvorbereitungsjahr, Berufsfachschulen, berufsvorbereitende Lehrgänge der Arbeitsverwaltung; insgesamt mittlerweile rund 100000 Plätze pro Jahr). Diese Angebote richten sich in der Mehrzahl an Jugendliche mit persönlichen oder schulischen Defiziten, denn von den Selektionsprozessen sind ja nach wie vor verstärkt die Sonderschüler und Hauptschulabgänger ohne Abschluß bzw. Behinderte betroffen. Darüber hinaus setzte seit 1977 eine nicht unbedeutende öffentliche Subventionierung von Betrieben für die Bereitstellung zusätzlicher Ausbildungsplätze ein, die zu einer Erhöhung der Ausbildungskapazitäten im dualen System führte. Auch diese Zuschüsse richteten sich vornehmlich an lernschwache, sozial benachteiligte Jugendliche. Darüber hinaus wurden zur Verbreiterung des eingegengten Berufsspektrums für weibliche Jugendliche diverse Modellversuche zur Ausbildung von Mädchen in gewerblich-technischen Berufen gestartet und öffentlich finanziert¹⁰⁾.

Die vorgenannten Maßnahmen, gedacht als Reaktion auf die anhaltenden Berufsstartprobleme Jugendlicher, haben die Probleme der Jungarbeiter quantitativ ein wenig entschärft, keinesfalls jedoch qualitativ gelöst. Als Fazit dieser Epoche wird bleiben, daß gegenüber den sechziger Jahren vorübergehend eine vermehrte Anzahl (absolut und relativ) an Jugendlichen ohne vollwertige Berufsausbildung als Ungelernte ins Erwerbsleben eintritt.¹¹⁾

Durch die verschärften Selektionsprozesse am Arbeitsmarkt und nicht zuletzt durch die Art der gegen Jugendarbeitslosigkeit und Ausbildungsstellenmangel getroffenen Maßnahmen ist das Jungarbeiterdasein – obwohl gemeinsame Erfahrung vieler junger Menschen – in eine soziale Randständigkeit gedrängt worden: Nicht nur die vorgängigen sozialen Benachteiligungen aus Elternhaus und Schule, sondern auch die Kennzeichnung als Problemgruppe, Lernbehinderte, Ausbildungsunwillige oder gar Arbeitsscheue und die mit der Einweisung in entsprechende Maßnahmen verbundene Stigmatisierung konstituieren die Jungarbeiterschaft zunehmend als eine Randgruppe.

Die achtziger Jahre bringen eine weitere Veränderung in der Zusammensetzung der Jungarbeiterschaft und damit wiederum eine Veränderung der Problemlage, die neue Bewältigungsstrategien fordert, ohne daß dadurch allerdings die Randständigkeit dieser Gruppe aufgehoben würde – im Gegenteil, sie wird sich möglicherweise verfestigen. Gemeint ist das Hineinwachsen der zweiten und dritten Ausländergeneration ins ausbildungs- und erwerbsfähige Alter. Die in diesem Bereich zu erwartende künftige Entwicklung soll im fol-

⁴⁾ Münch, J., u. a., a.a.O., S. 25.

⁵⁾ Schober-Gottwald, K., Jugendliche ohne Berufsausbildung. Eine Literaturstudie unter besonderer Berücksichtigung bestehender und neu zu konzipierender Lösungsansätze und Maßnahmen, in: MittAB 2/1976, S. 175ff.

⁶⁾ Ebenda, S. 177.

⁷⁾ Vgl. hierzu Wiemann, G., u. a., Ansätze zur Lösung des Jungarbeiterproblems. Schriften der Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel. Göttingen 1975; Biermann, H., B. Berlin, Maßnahmen zur Qualifizierung von potentiellen Jungarbeitern in der Bundesrepublik Deutschland. Materialien im Auftrag des Bundesinstituts für Berufsbildungsforschung, Hannover, im März 1976.

⁸⁾ Statistik der Berufsberatung 1972/73, S.37ff. und 1973/74, S.34ff.

⁹⁾ Schober-Gottwald, K., a.a.O., S. 176.

¹⁰⁾ Eine ausführliche Darstellung der Maßnahmen von Bund und Ländern enthält u. a. Schober, K., G. Hochgürtel, Bewältigung der Krise oder Verwahrung des Mangels? Die staatlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit 1974-1979, in: Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, Reihe Arbeit, Band 5, Bonn 1980.

¹¹⁾ Lenhardt, G., K. Schober, Der schwierige Berufsstart: Jugendarbeitslosigkeit und Lehrstellenmarkt, in: Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Projektgruppe Bildungsbericht (Hrsg.), Bildung in der Bundesrepublik Deutschland – Daten und Analysen – Band 2: Gegenwärtige Probleme, Stuttgart 1980, S. 956.

genden anhand der verfügbaren Daten zur Bevölkerungsentwicklung und Bildungssituation der Ausländer dargelegt werden.

2. Struktur und Entwicklung der ausländischen Wohnbevölkerung

Die Ausländerbeschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland hatte 1973 mit etwa 2,5 Mio. ihren Höchststand erreicht. Zusammen mit den Familienangehörigen lebten damals 4,1 Mio. Ausländer in der Bundesrepublik. Drei Viertel von ihnen stammten aus den sechs Anwerbeländern Italien, Griechenland, Jugoslawien, Spanien, Portugal und der Türkei.

Die Ölkrise von 1973 und die sich anbahnenden Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt führten dazu, daß die Anwerbung ausländischer Arbeitnehmer im November 1973 eingestellt wurde (»Anwerbestopp«). Lediglich Familienangehörige hier lebender Ausländer konnten noch in die Bundesrepublik einreisen. Im Zusammenhang mit der Rezession 1974/75 waren viele Ausländer gezwungen, die Bundesrepublik wieder zu verlassen, weil sie entweder keine Arbeit fanden oder weil sie wegen des Vorrangs deutscher und ihnen rechtlich gleichgestellter Arbeitnehmer aus den EG-Staaten¹²⁾ keine Arbeitserlaubnis bzw. keine Verlängerung ihrer Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis erhielten. Insgesamt kehrten zwischen 1973 und 1976 rund 900000 Ausländer in ihre Heimatländer zurück. Im gleichen Zeitraum wanderten jedoch in verstärktem Umfang Familienangehörige in die Bundesrepublik ein.

Da auch die nachgereisten Angehörigen auf dem ohnehin sehr angespannten bundesrepublikanischen Arbeitsmarkt Arbeit suchten, bestand die Gefahr, daß auf diese Weise der Anwerbestopp »unterlaufen« werden könnte. So wurde durch Rechtsverordnung festgelegt, daß nach dem 30. 11. 1974 eingereiste Familienangehörige aus Nicht-EG-Staaten keine Arbeitserlaubnis mehr erhalten. Doch konnte auch auf diese Weise der Zuzug nicht gestoppt werden. Insbesondere Kinder und Jugendliche wurden von ihren in der Bundesrepublik lebenden Eltern nachgeholt, seit durch eine Änderung der Kindergeldregelung vom September 1975 volles Kindergeld nur noch für in der Bundesrepublik lebende Kinder gezahlt wurde.

Um den vielen nach 1974 eingereisten Jugendlichen den Zugang zum Arbeits- und Ausbildungsstellenmarkt dennoch zu ermöglichen, wurde der Stichtag für die Erteilung einer Arbeitserlaubnis für jugendliche Ausländer noch einmal verschoben auf den 31. 12. 1976. Bis zu diesem Termin eingereiste Jugendliche aus Nicht-EG-Staaten konnten nun trotz Anwerbestopp eine Arbeitserlaubnis erhalten – allerdings auch unter dem Vorbehalt des § 19 AFG. Schließlich wurde im April 1979 diese sogenannte Stichtagsregelung für nachgereiste Familienangehörige generell umgewandelt in eine »Wartefristenregelung«. Diese besagt, daß in die Bundesrepublik nachgereiste Ehegatten hier lebender Ausländer nach einer sogenannten »Eingewöhnungszeit« von vier Jahren, Jugendliche unter 20 Jahren nach einer zweijährigen Eingewöh-

nungszeit einen Rechtsanspruch auf Erteilung einer Arbeitserlaubnis haben. Für Jugendliche, die an einer mindestens zehnmonatigen berufsvorbereitenden Maßnahme teilgenommen haben oder die über den deutschen Hauptschulabschluß verfügen, entfällt diese Wartefrist. Die Vermittlung in Arbeits- oder Ausbildungsstellen erfolgt allerdings nach wie vor unter Berücksichtigung des Vorrangs deutscher oder ihnen gleichgestellter Bewerber.

Mit der Einführung der Wartefristenregelung dürfte allerdings auch in Zukunft noch mit weiteren Familiennachzügen zu rechnen sein. Nach Schätzungen der Bundesanstalt für Arbeit leben in den Heimatländern noch ca. 800000 bis 900 000 Kinder sowie ca. 120 000 bis 150 000 Ehegatten von in der Bundesrepublik lebenden Ausländern.¹³⁾ Wieviele von ihnen noch in die Bundesrepublik einreisen werden, ist schwer zu sagen. Hinzu können noch weitere Eheschließungen hier lebender Ausländer im Heimatland kommen, deren Ehepartner dann ebenfalls in die Bundesrepublik einreisen können.

Verschlechterte Arbeitsmarktlage, Anwerbestopp und Familiennachzug haben u.a. dazu geführt, daß die (effektive) Erwerbsquote bei Ausländern erheblich zurückgegangen ist: von knapp 70% im Jahre 1974 auf knapp 50% im Jahre 1979 (Wohnbevölkerung insgesamt: 43%)¹⁴⁾. Im gleichen Zeitraum stieg der Anteil der unter 15jährigen ausländischen Wohnbevölkerung von 18 % auf 24 % an.¹⁵⁾ Insbesondere seit der Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt für Jugendliche 1979 erleichtert wurde, ist wieder ein beträchtlicher Zuwachs bei den 15- bis unter 20jährigen Ausländern zu verzeichnen. Der Wanderungssaldo für diese Altersgruppe ist erstmals seit 1978 wieder positiv, d. h. die Zuzüge überwiegen die Fortzüge.¹⁶⁾ Tabelle 1 verdeutlicht die Entwicklung der ausländischen Wohnbevölkerung unter 20 Jahren. Während sich in der Altersgruppe unter 5 Jahren neben anderen Faktoren im wesentlichen die Geburtenentwicklung der in der Bundesrepublik geborenen Ausländerkinder auswirkt (Rückgang ab 1975), spiegelt der Zuwachs bei den 5- bis unter 15jährigen den verstärkten Familiennachzug wider. Der beträchtliche Rückgang bei den 15- bis unter 20jährigen beruht z. T. auf einem Alterskohorteneffekt, z. T. aber auch auf den Schwierigkeiten, in der Bundesrepublik eine Arbeitserlaubnis zu erhalten. Hier hat erst die Einführung der Wartefristenregelung eine Trendwende gebracht. 1979 war der Stand von 1973 wieder erreicht. Der Anstieg zwischen 1979 und 1980 ist z.T. damit zu erklären, daß bis 1979 Daten aus Hamburg und München nicht im Ausländerzentralregister erfaßt wurden.

Beträchtliche Umstrukturierungen haben sich auch in der Zusammensetzung der Ausländer nach Nationalitäten ergeben (vgl. Tabelle 2). Während der Anteil der Ausländer aus EG-Staaten seit 1974 mit rund 21 % konstant geblieben ist, hat sich der Anteil der türkischen Volksgruppe von 25% auf 33% erhöht. Bei allen übrigen Nationalitäten ist ein entsprechender Rückgang zu verzeichnen. Stärker noch als bei der gesamten ausländischen Wohnbevölkerung kommen diese Veränderungen in den jüngeren Altersgruppen zum Tragen. So ist bei den unter 15jährigen der Anteil der türkischen Kinder von 31 % 1974 auf 46 % im Jahre 1980 angestiegen. Dies zeigt, daß die Frage der Eingliederung ausländischer Jugendlicher in Ausbildung und Beruf zu einem erheblichen Teil ein Problem der Integration der türkischen Jugendlichen und ihrer Familien darstellen.

In den kommenden Jahren werden – bei sukzessive abnehmenden deutschen Schüler- und Schulabgängerzahlen starke Ausländerjahrgänge auf den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt drängen. Hierbei handelt es sich zu einem größeren Teil um

¹²⁾ Nach § 19 Arbeitsförderungsgesetz genießen deutsche und ihnen rechtlich gleichgestellte Arbeitnehmer aus EG-Staaten Vorrang bei der Vermittlung in Arbeits- und Ausbildungsplätze.

¹³⁾ Informationen für die Beratungs- und Vermittlungsdienste der Bundesanstalt für Arbeit, Nr. 5, 1980, S. 140.

¹⁴⁾ Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Wochenbericht Nr. 30/1980 vom 24. 8. 1980, S.314.

¹⁵⁾ Wirtschaft und Statistik, Heft 2/1980, S. 91.

¹⁶⁾ Wirtschaft und Statistik, Heft 1/1980, S. 23.

Tabelle 1: Ausländische Wohnbevölkerung nach ausgewählten Altersgruppen 1973 bis 1980 (in Tsd. und in %; 1973 = 100)

Jahr	unter 5 Jahre*)		5 bis unter*) 10 Jahre		10 bis unter*) 15 Jahre		15 bis unter*) 20 Jahre		Zum Vergleich: alle Altersgruppen	
	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %
1973	251,5	100	209,3	100	143,1	100	245,0	100	3966,2	100
1974	296,4	118	247,3	118	171,6	120	244,0	96	4127,4	104
1975	332,5	132	281,4	134	195,1	136	227,1	93	4089,6	103
1976	336,4	134	292,7	140	208,9	146	207,5	85	3948,3	100
1977	331,6	132	310,1	148	226,5	158	210,8	86	3948,3	100
1978	320,9	128	320,6	153	245,8	172	219,7	90	3981,1	100
1979	317,7	126	344,0	164	275,7	193	247,5	101	4143,8	104
1980	335,5	133	393,6	188	329,9	231	317,9	130	4453,3	112

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 1, Reihe 1.4 Ausländer (1976 – 1980)
Statistisches Bundesamt, Bevölkerung und Kultur, Reihe 1, VI Ausländer (1973 – 1975)

*) Bis 1979 ohne Zahlen über jugendliche Ausländer in Hamburg und München; der Anstieg von 1979 auf 1980 ist daher leicht überhöht

Tabelle 2: Ausländer unter 21 Jahren am 30. 9. 1980 nach Altersgruppen und Herkunftsländern (in Tsd. und in %)

Alter	Insgesamt in Tsd. (= 100)	darunter: *) aus EG-St. %	davon aus:						
			Italien %	Türkei %	Jugoslawien %	Griechen- land %	Spanien %	Portugal %	Übrige %
unter 6 Jahre	419,0	15,6	13,1	48,1	14,6	6,1	3,1	2,5	12,5
6 bis unter 10 Jahre	310,1	16,6	11,9	46,0	13,9	8,0	3,6	2,7	13,9
10 bis unter 15 Jahre	329,9	19,6	13,3	44,3	9,0	8,9	4,5	3,1	16,9
15 bis unter 18 Jahre	190,8	22,4	14,2	49,4	6,6	6,7	4,0	2,7	16,6
18 bis unter 21 Jahre	199,4	30,7	20,2	39,3	5,6	6,1	3,4	2,1	23,4
Zum Vergleich: alle Altersgruppen	4453,3	21,5	13,9	32,8	14,2	6,7	4,0	2,5	25,9

Quelle: vgl. Tabelle 1
*) Zahlen für 30. 9. 1979

Jugendliche aus Gastarbeiterfamilien¹⁷⁾, die in der Bundesrepublik geboren bzw. aufgewachsen sind und die in der Regel auch eine deutsche allgemeinbildende Schule besucht haben, zu einem kleineren Teil um erst spät in die Bundesrepublik zu ihren Eltern nachgereiste Jugendliche, die im Heimatland bereits ganz oder teilweise ihre Schulpflicht erfüllt haben, sogenannte »Seiten- oder Späteinsteiger«.

Die derzeit ins ausbildungs- und erwerbsfähige Alter wachsenden Ausländerjugendlichen, sind Ausländer der sogenannten zweiten Generation, doch spätestens gegen Ende der achtziger Jahre werden auch Jugendliche der dritten Generation in die Schulen, Ausbildungs- und Arbeitsstellen drängen, d. h. Kinder von bereits hier in der Bundesrepublik geborenen oder aufgewachsenen Ausländern. Während es sich bei den derzeit auf den Arbeitsmarkt kommenden ausländischen Jugendlichen noch tatsächlich um Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit handelt, ist zu vermuten, daß die heranwachsende dritte Generation zwar ausländischer Herkunft ist, in sehr vielen Fällen jedoch bereits über die deutsche

Staatsbürgerschaft verfügen wird. Ihr Heimatland wird die Bundesrepublik sein, und es ist zu bezweifeln, ob für diese dritte Generation der Begriff und die Problemsicht »ausländische Jugendliche« noch adäquat ist. Möglicherweise werden einige Gruppen unter ihnen, z. B. diejenigen türkischer Herkunft, eine ethnische Minderheit mit all den dazugehörigen Problemen bilden, aber sie werden nichts destoweniger Deutsche sein.

Wenn im folgenden von den Problemen der schulischen und beruflichen Integration künftiger Ausländergenerationen die Rede ist, sollte dies mit bedacht werden. Sprachlich soll dies in den Begriffen »Nachkommen der ausländischen Arbeitnehmer« oder »Jugendliche ausländischer Herkunft« zum Ausdruck kommen.

3. Situation der Ausländerkinder an allgemeinbildenden Schulen

3.1 Schulbesuch

Entsprechend der zuvor aufgezeigten Bevölkerungsentwicklung ist auch die Zahl der ausländischen Schüler an allgemeinbildenden Schulen seit Anfang der siebziger Jahre beträchtlich angestiegen (vgl. Tabelle 3). Im Schuljahr 1979/80 be-

¹⁷⁾ Manche Autoren unterscheiden begrifflich zwischen »Jugendlichen aus Gastarbeiterfamilien« und »jugendlichen Arbeitsmigranten«, um den Unterschied hervorzuheben zwischen jenen, die als nachgereiste Angehörige in der Bundesrepublik leben, und solchen, die mit dem Ziel der Arbeitsaufnahme hergekommen sind. Vgl. Walz, H. D., Zur Situation von jugendlichen Gastarbeitern in Familie, Freizeit, Schule und Beruf, München, 1980, S. 2 ff.

suchte mehr als eine halbe Million Ausländerkinder die allgemeinbildenden Schulen in der Bundesrepublik, die weit überwiegende Mehrzahl davon die Grund- bzw. Hauptschule (82%). Von allen ausländischen Schülern an allgemeinbildenden Schulen im Sekundarbereich I und II (Hauptschule, Realschule, Gymnasium) bleiben drei Viertel an der Hauptschule, nur ein Viertel geht auf weiterführende Schulen (10% Realschule, 16% Gymnasium)¹⁸⁾ gegenüber 60% aller Schüler im Sekundarbereich I und II (Deutsche und Ausländer)¹⁹⁾. So wird vor allem die Hauptschule- ohnehin bereits Sorgenkind Nr. 1 des deutschen Bildungswesens – mit dem Problem der Integration und Unterrichtung der ausländischen Jugendlichen belastet²⁰⁾. Dies wird ganz besonders deutlich, wenn man die Verteilung der ausländischen Schüler nach Nationalitäten berücksichtigt: Ausländerkinder aus den sogenannten Anwerbeländern verbleiben nämlich wesentlich häufiger an Grund- bzw. Hauptschulen als Jugendliche aus anderen Staaten (vgl. Tabelle 4).

¹⁸⁾ Statistische Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz, Dokumentation Nr. 69 »Ausländische Schüler in der Bundesrepublik Deutschland 1965 bis 1979, Oktober 1980«.

¹⁹⁾ Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.), Grund- und Strukturdaten 1980/81, Bonn, im September 1980, S. 26 und eigene Berechnungen.

²⁰⁾ Vgl. hierzu u.a. den Bericht im Berliner »Tagesspiegel« vom 28. 8. 1980, S. 13, »In Berlin ist die Hauptschule bereits umgekippt«.

²¹⁾ Allerdings können diese Angaben nur geschätzt werden, da aus der Schulstatistik nicht hervorgeht, wieviele Schüler aus Realschulen, Gymnasien und Gesamtschulen sowie den Sonderschulen den Klassen 5 bis 9 zuzurechnen sind.

Nach wie vor kommen noch nicht alle Ausländerkinder der allgemeinbildenden Schulpflicht nach, doch ist die Schulbesuchsquote in den vergangenen Jahren beträchtlich angestiegen, von etwa 70% Anfang der siebziger Jahre bis auf 84 % im Jahre 1979. Der Schulbesuch ist allerdings unterschiedlich nach Klassenstufen. Nahezu 100% der 6- bis unter 10jährigen Ausländerkinder besuchen die Grundschule, bei den 10- bis 15jährigen tun dies nur noch gut 70 %²¹⁾.

Ausgeweitet hat sich auch der Besuch weiterführender allgemeinbildender Schulen von ausländischen Jugendlichen. Dies betrifft insbesondere die Realschulen. Ob der gestiegene Anteil der Ausländer an Gesamtschulen mit einer höheren Schulbildung bzw. einer längeren Schulbesuchsdauer verbunden ist, oder ob sich in diesen Daten vornehmlich der Ausbau der Gesamtschulen in den vergangenen Jahren widerspiegelt, ist anhand der vorliegenden Daten nicht zu klären. Der gestiegene Anteil der Sonderschüler unter den Ausländern hingegen verweist auf eine eher bedrohliche Entwicklung. Die bestehenden Sprach- und Sozialisationsprobleme der Ausländerkinder werden offenbar zunehmend als Problem der Lernbehinderung umdefiniert. Daß es sich hierbei zum Teil um willkürliche Zuweisungen handelt, zeigen die nach Bundesländern sehr unterschiedlichen Anteile an Ausländern unter den Sonderschülern (vgl. Tabelle 5). So sind etwa in Baden-Württemberg 14 % der Schüler an Sonderschulen Ausländer, in Schleswig-Holstein oder in Rheinland-Pfalz hingegen nur gut 2%. Diese offenbar wachsende Ten-

Tabelle 3: Ausländische Schüler an allgemeinbildenden Schulen 1973 bis 1979 (in Tsd. und in %; 1973 = 100)

Schuljahr	Schüler insgesamt		Grund- u. Hauptschulen		Sonderschulen		Realschulen		Gymnasien		Gesamtschulen		Wohnbev. 6 b. u. 16 J. in %
	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	
1973/74	306,5	100	264,0	100	8,2	100	9,6	100	19,9	100	4,8	100	100
1974/75	358,9	117	305,6	116	10,4	127	12,1	126	24,0	121	6,8	142	120
1975/76	390,0	127	329,0	125	12,6	154	14,3	149	26,1	131	8,1	169	136
1976/77	404,4	132	335,6	127	15,0	183	15,7	164	28,1	141	9,7	202	142
1977/78	434,5	142	361,7	137	18,1	221	18,4	192	30,5	153	11,5	240	152
1978/79	486,3	159	399,3	151	21,1	257	20,4	213	31,9	160	13,6	283	162
			(256,9)*										
1979/80	551,9	180	452,9	172	23,9	291	23,4	244	35,3	177	16,5	344	180
			(288,0)*										
1973/74													
(in %)	100			86,1		2,7		3,1		6,5		1,6	
1979/80													
(in %)	100			82,1		4,3		4,2		6,4		3,0	

Quelle: Sekretariat der Kultusministerkonferenz, Ausländische Schüler an allgemeinbildenden Schulen 1965 bis 1979

*) darunter: in Grundschulen (Aufteilung erst ab Schuljahr 1978/79 möglich)

Tabelle 4: Ausländische Schüler an allgemeinbildenden Schulen 1979/80 nach Schularten und Nationalität (in %)

Schulart	Griechen	Italiener	Spanier	Türken	Jugoslaven	Portugiesen	Summe Anwerbel.	Übrige
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(1-6)	(7)
Grund- und Hauptschule	84,9	81,1	75,8	89,9	81,6	86,2	86,1	56,9
Sonderschule	2,9	8,0	5,8	3,9	3,7	4,9	4,6	3,0
Realschule	4,5	4,3	7,0	2,2	6,2	3,5	3,5	8,7
Gymnasium	5,9	3,6	6,7	1,8	5,9	2,9	3,3	25,6
Gesamtschule	1,9	3,0	4,8	2,3	2,6	2,5	2,5	5,8
Insgesamt (n = 100)	49 300	73 800	24 900	252 200	56 800	18 100	475 200	76 900

Quelle: vgl. Tab. 3

Tabelle 5: Ausländische Schüler je 100 Schüler an allgemeinbildenden Schulen im Schuljahr 1979/80 nach Schularten und Bundesländern (in %)

Bundesland	Grundschule	Hauptschule	Sonderschule	Realschule	Gymnasium	Gesamtschule
Baden-Württemberg	12,0	11,4	14,0	2,5	2,0	4,7
Bayern	6,8	5,2	4,0	1,4	2,0	4,5
Berlin	27,1	27,9	10,1	5,5	3,6	6,4
Bremen	11,3	10,1	4,6	3,1	1,3	3,0
Hamburg	12,8	12,4	8,2	3,0	2,3	5,0
Hessen	11,0	12,9	7,8	1,7	1,9	11,9
Niedersachsen	4,6	6,6	3,5	0,8	0,9	2,3
Nordrhein-Westfalen	12,3	9,5	5,4	1,8	1,6	3,4
Rheinland-Pfalz	5,3	4,0	2,6	0,9	1,0	2,1
Saarland	5,6	3,8	4,5	1,4	1,0	2,6
Schleswig-Holstein	3,4	3,1	2,3	0,8	0,9	1,6
Bundesgebiet, 1979/80	9,6	8,1	6,4	1,7	1,7	6,6
Bundesgebiet, 1973/74		4,1	2,2	0,9	1,2	3,9

Quelle: vgl. Tab. 3

denz der Einweisung von Ausländerkindern in Sonderschulen hat weitreichende Konsequenzen nicht nur für die schulische Integration dieser Jugendlichen, sondern auch für ihre späteren beruflichen Chancen.

Insgesamt kann also nicht von einer wesentlichen Verbesserung der Schulsituation der Ausländerkinder gesprochen werden, dies vor allem deshalb nicht, weil die schulische Situation – was sich in den globalen Zahlen nicht widerspiegelt – durch die hohe regionale Konzentration der Ausländer in bestimmten Bundesländern und großstädtischen Ballungsgebieten erheblich belastet wird:

Etwa die Hälfte der Ausländer wohnte 1979 in Gemeinden mit 100 000 und mehr Einwohnern. Folgende Städte weisen einen über dem Bundesdurchschnitt von 6,7% liegenden Ausländeranteil auf:²²⁾

Frankfurt	20%	Remscheid	14%
Offenbach	19%	Köln	13%
Stuttgart	17%	Düsseldorf	13%
München	17%	Mannheim	13%

Obwohl vergleichbare Zahlen hierüber nicht vorliegen, kann davon ausgegangen werden, daß für die jüngeren Altersgruppen (unter 16 Jahren) die entsprechenden Anteilswerte noch wesentlich höher sein dürften. Von allen Bundesländern liegt der Anteil der Ausländer an den Grund- und Hauptschülern in Berlin mit 27% weit über dem Bundesdurchschnitt, gefolgt von Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Hessen und Hamburg (vgl. Tabelle 5). In einzelnen Städten und Stadtteilen beträgt – Presseberichten zufolge – der Anteil ausländischer Schüler in einzelnen Klassen 50% und mehr. Manche Bundesländer oder Kommunen gehen dazu über, auch in der Grundschule bereits reine Ausländerklassen zu bilden²³⁾. Trotz der vielfach – zuletzt in dem Beschluß der Bundesregierung zur Weiterentwicklung der Ausländerpolitik vom 19. März 1980 – bekundeten Integrationsabsichten sehen die Schulpolitiken der Länder sowie die Schulpraxis vor Ort oft

anders aus. Eine Separierung in nationalen Klassen mit Deutsch als Fremdsprache behindern die soziale Eingliederung der ausländischen Jugendlichen und verstärken ihre durch soziale Vorurteile und schlechte Wohnverhältnisse bedingte Ghettsituation. So ist es auch nicht verwunderlich, daß nach wie vor nur etwa 40 bis 50% der die Schule besuchenden Jugendlichen einen Hauptschulabschluß erwerben, der mittlerweile eine fast unabdingbare Voraussetzung für eine berufliche Ausbildung in der Bundesrepublik geworden ist.

Bei der Erörterung der Bildungssituation ausländischer Jugendlicher darf eines nicht vergessen werden, die Tatsache nämlich, daß ein nicht unerheblicher Teil der in die Bundesrepublik einreisenden ausländischen Jugendlichen bereits in ihren Heimatländern entsprechende Schulabschlüsse erworben oder weiterführende Schulen besucht hat. Dies geht aus einer neueren Untersuchung des Bundesinstituts für Berufsbildung und des Europäischen Zentrums zur Förderung der Berufsbildung hervor.²⁴⁾ Bei den Integrationsbemühungen müßte stärker als bislang geschehen, an den Bildungsvoraussetzungen angeknüpft werden, die die jungen Ausländer aus ihren Heimatländern mitbringen.

3.2 Modellrechnung zur Entwicklung der Schüler- und Schulabgängerzahlen

Tabelle 6 zeigt – nach Altersjahren aufgegliedert – die gegenwärtige (1980) ausländische Wohnbevölkerung unter 20 Jahren. Hieraus läßt sich ablesen, wieviele Jugendliche in den kommenden Jahren ins schulpflichtige bzw. ins erwerbsfähige Alter kommen.

Für die künftige Entwicklung der Schülerzahlen ergibt sich daraus, daß – ohne weitere Zuwanderungen aus dem Ausland – die Zahl der Einschulungen von Ausländerkindern im Schuljahr 1981/82 vermutlich ihren Höhepunkt erreichen wird (83500). Danach ist mit einem Rückgang bei der Zahl der ausländischen Schulanfänger zu rechnen, der allerdings wegen der auch weiterhin zu erwartenden Zuwanderungen in dieser Altersgruppe nicht so gravierend ausfallen dürfte, wie dies die in Tabelle 6 ausgewiesenen Daten andeuten.

Für die Vorausberechnung der Schulabgängerzahlen wurden folgende Annahmen getroffen:

²²⁾ Wirtschaft und Statistik, Heft 2/1980, S. 89.

²³⁾ Vgl. Anmerkung ²⁰⁾ sowie DIE ZEIT vom 14. 11. 1980.

²⁴⁾ Vgl. BiBB-Pressemeldung vom 12. 8.1980 »Junge Ausländer verfügen über erhebliche schulische Vorbildung im Heimatland – starke Orientierung an deutschen Bildungs-Beschäftigungsvorstellungen«.

Tabelle 6: Ausländer unter 20 Jahren am 30. 9. 1980 nach Altersjahren sowie Schulabgänger ausländischer Nationalität oder Herkunft – Modellrechnung bis 1995

Alter am 30.9. 1980	Ausländer unter 20 Jahren (in Tsd.)	Ausländ. Schulanfänger (Jahr)	Ausländische Schulabgänger					
			ohne / mit Hauptschulabschluss			aus d. Sekundarbereich I insgesamt (einschl. Realsch. u. gleichwert. Abschl.)		
			Jahr	in Tsd.	in % aller Schulabg.*)	Jahr	in Tsd.	in % aller Schulabg.*)
0 – 1	49,8	1986/87	1995	44,8	15,3	1996		
1 – 2	64,2	1985/86	1994	57,8	19,9	1995	60,1	12,4
2 – 3	67,7	1984/85	1993	60,9	21,1	1994	64,3	13,2
3 – 4	72,8	1983/84	1992	65,5	22,7	1993	69,2	14,3
4 – 5	81,1	1982/83	1991	73,0	25,2	1992	77,0	15,9
unter 5	335,5							
5 – 6	83,5	1981/82	1990	75,2	25,6	1991	79,3	16,2
6 – 7	81,8	1980/81	1989	73,6	24,3	1990	77,7	15,6
7 – 8	79,2		1988	71,3	22,1	1989	75,2	14,4
8 – 9	76,3		1987	68,7	19,2	1988	72,5	12,8
9 – 10	72,9		1986	65,6	16,9	1987	69,3	11,2
5 bis unter 10	393,6							
10 – 11	70,9		1985	63,8	15,3	1986	67,4	10,1
11 – 12	70,0		1984	63,0	13,8	1985	66,5	9,2
12 – 13	67,8		1983	61,0	12,7	1984	64,4	8,3
13 – 14	59,7		1982	53,7	10,8	1983	56,7	7,0
14 – 15	61,5		1981	55,5	11,5	1982	58,4	7,1
10 bis unter 15	329,9							
15 – 16	61,8		1980	55,6	10,6	1981	58,7	7,2
16 – 17	65,9					1980	62,6	7,4
17 – 18	63,1							
18 – 19	64,6							
19 – 20	62,5							
15 bis unter 20	317,9							

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 1, Reihe 1,4 Ausländer 1980 und eigene Berechnungen

*) Berechnet nach: Statistische Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz, Dokumentation 56, Juni 1978, S. XXVI

- 100% eines Altersjahrgangs besuchen die allgemeinbildende Schule (derzeit in den entsprechenden Altersjahrgängen nur rund 70%, vgl. 3.1).
- 90% eines Altersjahrgangs verlassen die allgemeinbildende Schule mit Beendigung der Pflichtschule (mit/ohne Hauptschulabschluss), 5% mit dem Abschluß der Sekundarstufe I (einschließlich Realschule und gleichwertigem Abschluß). Diese Quoten werden in dem Projektionszeitraum konstant gehalten.
- Wegen der derzeit in den Bundesländern uneinheitlichen Lage bezüglich der 10jährigen Vollzeitschulpflicht (insbesondere hinsichtlich deren Handhabung bei Ausländern) werden alternative Modellrechnungen durchgeführt: die Vorausschätzung der ausländischen Schulabgänger mit/ohne

Hauptschulabschluss geht von der 9jährigen, diejenigen für Schulabgänger aus dem Sekundarbereich I von der 10jährigen Schulpflicht aus.

- Weitere Zuwanderungen aus dem Ausland sind auch in dieser Vorausschätzung nicht berücksichtigt. Die angegebenen Werte stellen somit eher Untergrenzen der tatsächlich zu erwartenden Entwicklung dar.

Die Ergebnisse zeigen, daß in den kommenden Jahren mit einer steigenden Zahl ausländischer Schüler sowie dementsprechend mit einer steigenden Zahl ausländischer Schulabgänger zu rechnen ist, wobei – wie bereits erwähnt – zu berücksichtigen ist, daß es sich bei diesen Jugendlichen im rechtlichen Sinne keineswegs immer um ausländische Staatsbürger handeln muß, sondern in vielen Fällen um eingebürgerte Jugendliche aus Gastarbeiterfamilien in der zweiten und dritten Generation.

Absolut wird die Zahl der Schulabgänger ausländischer Nationalität oder Herkunft im Jahr 1991 mit knapp 80000 Abgängern aus der Sekundarstufe I ihren Höhepunkt erreichen.²⁵⁾ Danach werden die ab 1975 rückläufigen Geburten-

²⁵⁾ Die in Tab. 6 ausgewiesenen absoluten Zahlen liegen etwas unter denen, die in einer Modellrechnung des IAB aus dem Jahr 1978 vorgelegt wurden (vgl. »Zur Ausbildungssituation ausländischer Jugendlicher« in: BeitrAB 42, Kurzberichte 1976 bis 1979, Nürnberg 1979, S. 166-170). Dies beruht in erster Linie darauf, daß damals die Daten der Bevölkerungsfortschreibung des Statistischen Bundesamtes zum 31. 12. 1976 zugrundegelegt wurden, während in der hier vorgelegten Modellrechnung die Daten des Ausländer- (Fortsetzung nächste Seite)

Tabelle 7: Ausländische Schüler an berufsbildenden Schulen und ausländische Wohnbevölkerung (15 bis unter 19 Jahre) 1973 bis 1979 (in Tsd. und in %; 1973 = 100)

Schuljahr	Schüler insges.		Berufsschule		Berufsgrundbildungsjahr		Berufsfachschule		Fachoberschule		Fachschule		Schulen des Gesundheitsw.		Wohnbev. in %
	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	
1973/74	60,7	100	48,4	100	0,2	-	4,0	100	1,3	100	2,6	100	3,8	100	100
1974/75	64,7	107	50,8	105	0,3	-	4,7	118	1,6	123	2,8	108	4,0	105	100
1975/76	61,7	102	47,8	99	0,6	-	5,4	135	1,7	131	2,2	85	3,5	92	94
1976/77	59,4	98	45,4	94	1,8	100	5,1	128	1,9	146	2,0	77	2,6	68	89
1977/78	59,0	97	44,6	92	2,5	139	5,9	148	2,0	153	1,8	70	1,8	49	91
1978/79	65,0	107	47,6	98	4,5	250	7,3	183	2,0	154	1,7	65	1,4	37	95
1979/80	74,7	123	53,7	111	6,7	372	8,4	210	2,3	177	1,7	65	1,4	37	107
1973/74 (in %)	100		79,7		-		6,6		2,1		4,3		6,3		
1979/80 (in %)	100		71,9		9,0		11,2		3,1		2,3		1,9		

Quelle: vgl. Tab. 3

Ziffern auch zu einem absoluten Rückgang bei der Zahl der Schulabgänger ausländischer Nationalität oder Herkunft führen – all dies wieder ohne Berücksichtigung weiterer Zuzüge aus dem Ausland.

Das Gros dieser Jugendlichen wird also zu einer Zeit auf den Arbeitsmarkt drängen, in der der »deutsche Schülerberg« bereits abgeklungen ist. Dies wird u. a. auch deutlich an den Anteilen der ausländischen Schulabgänger an der Gesamtzahl der Schulabgänger. 1990/91 wird ein Viertel der Schulabgänger mit Beendigung der Pflichtschule ausländischer Nationalität oder Herkunft sein, während es derzeit auch bei vollständiger Erfüllung der Schulpflicht nur 10% wären. Bezogen auf alle Abgänger aus dem Sekundarbereich I wird der Anteil der Gastarbeiterkinder an den Schulabgängern von derzeit 7% auf 16% im Jahre 1991 ansteigen.

Die Ergebnisse der Modellrechnung verweisen auf Probleme und Chancen für die künftige Integration der ausländischen Jugendlichen gleichermaßen. Die Tatsache, daß erst mit dem Abklingen des »deutschen Schülerbergs« ausländische Schulabgänger in größerer Zahl auf den Arbeits- und Ausbildungsstellenmarkt drängen, vergrößert die Chancen dieser Jugendlichen auf Ausbildungs- und Arbeitsplätze gegenüber der derzeitigen Situation. Andererseits bedeutet ein (globaler) Schüleranteil von einem Viertel Ausländer an der Gesamtzahl der Schüler erhebliche Probleme für die schulische Integration dieser Jugendlichen.

4. Berufliche Bildung

4.1 Berufsschulbesuch

Die Zahl der ausländischen Schüler an beruflichen Schulen betrug im Schuljahr 1979/80 knapp 75 000. Davon besuchten 72% die Teilzeitberufsschule, 9% ein Berufsgrundbildungs-

jahr (BGJ) und die übrigen weiterführende berufliche Schulen (vgl. Tabelle 7). Die Entwicklung zeigt, daß der Schulbesuch wesentlich stärker angestiegen ist als die vergleichbare Wohnbevölkerung, so daß auch ein Anstieg bei der Erfüllung der Berufsschulpflicht zu vermuten ist.

Genauere Angaben über die Erfüllung der Berufsschulpflicht durch die ausländischen Jugendlichen liegen bundeseinheitlich nicht vor, da eine nach Altersjahren differenzierte Auswertung der Schulstatistik bislang nicht durchgeführt wurde. Eine Untersuchung aus Hessen kommt zu dem Ergebnis, daß im Schuljahr 1977/78 nur 40% der berufsschulpflichtigen ausländischen Jugendlichen im Alter von 15 bis unter 18 Jahren, die nicht eine allgemeinbildende Schule oder berufliche Vollzeitschule besuchen, ihrer Berufsschulpflicht nachkamen.²⁶⁾

Eine Übertragung dieser Ergebnisse auf das gesamte Bundesgebiet ist zwar nicht möglich, doch kann davon ausgegangen werden, daß im Durchschnitt höchstens die Hälfte der berufsschulpflichtigen ausländischen Jugendlichen auch tatsächlich die Berufsschule besucht.

Allerdings muß auch darauf hingewiesen werden, daß dies nicht ausschließlich den ausländischen Jugendlichen oder ihren Eltern anzulasten ist. Berufsschullehrer und andere Personen, die jugendliche Ausländer betreuen, berichten davon, daß es nicht selten vorkommt, daß Ausländer aus Platz- oder Lehrermangel abgewiesen bzw. auf eine Warteliste für den Berufsschulbesuch gesetzt werden.²⁷⁾

Die zitierte Studie aus Hessen zeigt ebenfalls, daß die Erfüllung der Berufsschulpflicht bei den männlichen Jugendlichen mit 44% beträchtlich höher ist als bei den weiblichen, von denen nur 35% aller Berufsschulpflichtigen auch tatsächlich die Berufsschule besuchen. Dieser Befund steht im Gegensatz zu den Ergebnissen beim Besuch allgemeinbildender Schulen. Dort nämlich beträgt die Schulbesuchsquote der Mädchen 80%, die der Jungen nur 75%.²⁸⁾

4.2 Versorgung mit betrieblichen und schulischen Ausbildungsplätzen

Am 30. 9. 1979 lebten in der Bundesrepublik 202400 ausländische Jugendliche im Alter von 15 bis unter 19 Jahren. Schätzungsweise 40000 von ihnen besuchten allgemeinbildende Schulen im Sekundarbereich I und II. Der Rest von 162400 kam somit für eine berufliche Ausbildung in Betrieben oder beruflichen Schulen in Frage.

zentralregisters zum 30. 9. 1980 verwendet wurden. Beide Datenquellen weisen Mängel im Hinblick auf den hier verfolgten Zweck auf: die Bevölkerungsforschreibung gilt als überhöht und weist Ausländer nur als Differenz zwischen der Wohnbevölkerung insgesamt und der deutschen Wohnbevölkerung aus, das Ausländerzentralregister erfaßt die Bevölkerungsbebewegungen bei den Ausländern (Geburten, Sterbefälle, Fort- und Zuzüge) z. T. unvollständig und verspätet. Die Abweichungen von der 78er Modellrechnung sind also nicht dahingehend zu interpretieren, daß die künftige Entwicklung bei ausländischen Jugendlichen weniger dramatisch als vor zwei Jahren eingeschätzt werden müßte.

²⁶⁾ HLT Gesellschaft für Forschung, Planung, Entwicklung GmbH, Ausbildungsreport Hessen '79, Wiesbaden 1979, S. 136ff.

²⁷⁾ Diese Information habe ich auf verschiedenen Tagungen, z.B. den Hochschultagen f. Berufliche Bildung 1980 an der Universität Bremen oder dem 4. Berufsbildungskongreß »Lehrbacher Woche« von mehreren Berufsschullehrern erhalten.

²⁸⁾ HLT, a.a.O., S. 136ff.

Wieviele Ausländer eine betriebliche Berufsausbildung durchlaufen, kann nur näherungsweise festgestellt werden, denn weder die Angaben aus der Berufsschulstatistik noch die Kammerstatistiken geben für das gesamte Bundesgebiet Auskunft über die Zahl der ausländischen Auszubildenden. Einen groben Anhaltspunkt liefert die Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit, wonach am 30. 6. 1979 30700 ausländische Beschäftigte in beruflicher Ausbildung gezählt wurden.²⁹⁾ Legt man diese Zahl zugrunde, dann hätten 57% der Teilzeitberufsschüler einen Ausbildungsvertrag. Aus einzelnen Länderstatistiken geht dagegen hervor, daß nur etwa ein Drittel bis die Hälfte der Berufsschüler einen Ausbildungsvertrag haben (Bayern 36%, Hessen 45%, Baden-Württemberg 50 %).³⁰⁾

Versucht man eine Bilanz hinsichtlich der Versorgung der ausländischen Jugendlichen mit beruflicher Ausbildung (schulisch oder betrieblich) zu ziehen, so ergibt sich folgendes Bild:

Ausländische Wohnbevölkerung (15 bis unter 19 Jahre)	202 400
darunter: nicht in allgemeinbildender Schule	162 400
davon: Berufsschüler insgesamt	- 53 700
- mit Ausbildungsvertrag	30 700
- ohne Ausbildungsvertrag	23 000
Schüler im Berufsgrundbildungsjahr (einschl. Sonderformen)	- 6 700
Schüler an Berufsfachschulen	- 8 400
Schüler an Fachoberschulen/Fachgymnasien	- 900*)
Schüler an Fachschulen	- 300*)
Schüler an Schulen des Gesundheitswesens	- 400*)
Rest (ausländische Jugendliche ohne jegliche berufliche Qualifizierung)	92 200

*) Die Gesamtzahl der Schüler wurde jeweils um die 19jährigen und älteren Schüler vermindert.

Mehr als 90000 ausländische Jugendliche im Alter zwischen 15 und 19 Jahren, das sind 57% der Ausländer in dieser Altersgruppe, erhalten derzeit überhaupt keine, wenn auch noch so minimale berufliche Qualifizierung.

Bei weitem nicht alle derjenigen, die eine berufliche Schule besuchen, erhalten eine berufliche Vollqualifizierung mit einem anerkannten Abschluß. Die Berufsschüler ohne Ausbildungsvertrag ebenso wie die Mehrzahl der ein Berufsgrundbildungsjahr besuchenden Ausländer durchlaufen anschließend keine berufliche Ausbildung. Die Gesamtzahl der ausländischen Jugendlichen ohne Ausbildungsvertrag belief sich demnach auf rund 120000:

Ausländische Jugendliche (15 bis unter 19 Jahre) ohne jegliche berufliche Qualifizierung	92 200
Ausländische Berufsschüler ohne Ausbildungsvertrag	23 000
Ausländische Absolventen aus dem Berufsgrundbildungsjahr (meist Sonderformen) ohne weitere berufliche Ausbildung (geschätzt)	5 000
Ausländische Jugendliche ohne Ausbildungsvertrag zusammen	120 200

Will man die Gesamtzahl der Jugendlichen ohne Ausbildungsvertrag in der Bundesrepublik ermitteln (Deutsche und Ausländer), so müssen die bislang statistisch nicht erfaßten ausländischen Jugendlichen ohne jegliche berufliche Qualifizierung mit in die Berechnungen einbezogen werden:

Berufsschüler ohne Ausbildungsvertrag (Deutsche und Ausländer)³¹⁾	189 400
Schüler in Sonderformen des Berufsgrundschuljahres (Deutsche und Ausländer)³²⁾	44 800
Ausländische Jugendliche ohne jegliche berufliche Qualifizierung	92 200
Jugendliche ohne Ausbildungsvertrag insgesamt	326 400

Der Anteil der Ausländer an der Gesamtzahl der Jugendlichen ohne Ausbildungsvertrag beträgt somit 37% (= 120000 von 326400).

Wenn man weiß – und dies ist aus vielfältigen Untersuchungen hinreichend bekannt – aus welchen Schüler- und Personengruppen sich die Jugendlichen ohne Ausbildungsvertrag rekrutieren (meist Sonderschüler, Hauptschulabgänger ohne Abschluß), und wenn man weiterhin berücksichtigt, daß der Anteil der Ausländer an diesen Schülergruppen in den kommenden zehn Jahren beträchtlich ansteigt, so liegt auf der Hand, daß in spätestens 10 Jahren die dann absolut immer kleiner werdende Gruppe der Jugendlichen ohne Ausbildungsvertrag (Abbau des Schülerbergs) weit überwiegend aus ausländischen Jugendlichen bestehen wird. Auch wenn ausländische Jugendliche – wegen des geringer werdenden Bewerberangebots – in Zukunft größere Chancen bei der beruflichen Ausbildung haben werden, so wird sich vermutlich an den Selektionskriterien bei Schulen und Betrieben wenig ändern. Und das heißt, daß das Jungarbeiterproblem vorrangig ein Ausländerproblem werden wird. Es bleibt abzuwarten, ob die inzwischen vom Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft speziell für Ausländerjugendliche eingerichteten Förderungsprogramme³³⁾ hieran etwas ändern können.

5. Arbeitslosigkeit und Nichterwerbstätigkeit

Nicht nur die Integration in Schule und Ausbildung, auch die Einmündung in Arbeitsverhältnisse gestaltet sich unter den gegenwärtigen Bedingungen des Arbeitsmarktes für die ausländischen Jugendlichen schwierig. Bis zum April 1979 war es wegen der bis dahin geltenden Stichtagsregelung für viele Betroffene auch rechtlich nicht möglich, eine Arbeitsstelle anzutreten. Mit der Einführung der Wartefristenregelung dürfte sich die Zahl der Arbeitssuchenden in der Altersgruppe der 15 bis unter 20jährigen, aber auch die der gemeldeten Arbeitslosen sukzessive erhöhen.

Im September 1980 wurden bei den Arbeitsämtern bereits 11 100 arbeitslose Ausländer unter 20 Jahren gezählt gegenüber rund 7100 im September 1979.

²⁹⁾ Vgl. Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, Heft 7, 1980, S. 987. Es ist zu berücksichtigen, daß die hier ausgewiesene Zahl insofern überhöht ist, als hier auch nicht anerkannte Ausbildungsgänge sowie ältere Personen erfaßt sind. Sie kann also nur hilfsweise für die Zahl der Auszubildenden in dualer Ausbildung herangezogen werden.

³⁰⁾ Schober, K., Zur Integration der ausländischen Jugendlichen in Ausbildung und Beruf. Derzeitige Situation und Aufgaben der Berufsschule, in: Die Deutsche Berufs- und Fachschule, 75. Band, Heft 11 (1979), S.861.

³¹⁾ Berufsbildungsbericht 1980, S. 62.

³²⁾ Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.), Zum Ausbaustand des Berufsgrundbildungsjahres sowie der schulischen Maßnahmen zur Berufsvorbereitung in den Ländern, in: Materialien und statistische Analysen zur beruflichen Bildung, Heft 14, Berlin 1980.

³³⁾ Informationen bildung Wissenschaft, Sonderheft 1/1980 und dass., 7-8/1980.

Ein Versuch, das gesamte Ausmaß der Beschäftigungslosigkeit bei jugendlichen Ausländern unter 20 Jahren mit Hilfe von Daten aus dem Mikrozensus 1978 zu quantifizieren, kommt zu folgenden groben Schätzwerten:

<i>Ausländer im Alter von 15 bis unter 20 Jahren</i>	
Wohnbevölkerung	240 000
Erwerbstätige	- 105 000
Schüler an allgemein- und berufsbildenden Vollzeitschulen (15 Jahre und älter)	- 60 000*)
Nichterwerbstätige ohne Schüler	75 000
Erwerbslose (nach Mikrozensus)	- 16 000
- darunter registrierte Arbeitslose (BA-Statistik)	8 000
Rest: sonstige Nichterwerbstätige	59 000

*) Mangels entsprechender Angaben im Mikrozensus wurde diese Zahl aus der Schulstatistik errechnet. Sie enthält eine Schätzung der 15 Jahre und älteren Schüler an allgemeinbildenden Schulen (40000; vgl. 4.2) sowie alle ausländischen Schüler an beruflichen Vollzeitschulen (20000).

Etwa 75 000, das ist fast ein Drittel der entsprechenden Altersgruppe, befanden sich 1978 weder in einem Ausbildungs- oder Arbeitsverhältnis noch in einer Vollzeitschule. 16000 junge Ausländer bezeichneten sich bei der Mikrozensus-Befragung als Erwerbslose, von denen wiederum nur 8000 bei den Arbeitsämtern als Arbeitslose registriert waren.³⁴⁾

Über den Verbleib und die Art der Tätigkeit der restlichen 59 000 ist nichts bekannt. Ein größerer Anteil von ihnen - schätzungsweise 35000 - dürften weibliche Jugendliche³⁵⁾ sein, die im elterlichen oder eigenen Haushalt verbleiben sind - sei es, daß sie angesichts der schwierigen Arbeitsmarktlage und fehlender Arbeitserlaubnis aus dem Erwerbsleben vor-

25000 männlichen ausländischen Jugendlichen, die ohne Ausbildung und Beschäftigung sind, kann hingegen ohne Einschränkungen unterstellt werden, daß sie bei ausgeglichener Arbeitsmarktlage und Abbau aller rechtlichen Barrieren in Arbeit oder Berufsausbildung wären.

Ein Vergleich mit früheren Berechnungen zeigt, daß die Zahl der nicht in Ausbildung oder Arbeit stehenden ausländischen Jugendlichen in den vergangenen Jahren erheblich zugenommen hat.³⁶⁾ Diese Entwicklung spiegelt einerseits die demographische Entwicklung (Hineinwachsen der entsprechenden stärker besetzten Altersjahrgänge ins ausbildungs- und erwerbsfähige Alter) und den verstärkten Familiennachzug bei Ausländern wider, andererseits aber auch die immer mehr zu Lasten der benachteiligten Gruppen unter den Jugendlichen gehenden Selektionsprozesse am Arbeits- und Ausbildungsstellenmarkt. So ist z.B. die starke Ausweitung des betrieblichen Ausbildungsstellenangebots seit 1977 bis-

³⁴⁾ Zur Definition der Erwerbslosigkeit im Mikrozensus, die wesentlich weiter gefaßt ist als die der Arbeitslosigkeit nach den Bestimmungen des Arbeitsförderungsgesetzes vgl. Mayer, H.-L., Zur Abgrenzung und Struktur der Erwerbslosigkeit. Ergebnis des Mikrozensus, in: Wirtschaft- und Statistik, Heft 1/1979.

³⁵⁾ Der Anteil der weiblichen Jugendlichen an den erwerbstätigen Ausländern zwischen 15 und 20 Jahren beträgt etwa 40%, bei den im Mikrozensus erfaßten Erwerbslosen etwa 50% (entsprechend dem Bevölkerungsanteil). Bei den Nichterwerbstätigen wurde daher ein Anteil weiblicher Jugendlicher von ca. 60% unterstellt.

³⁶⁾ Baethge, M., u. a., Ausbildungs- und Berufsstartprobleme von Jugendlichen unter den Bedingungen verschärfter Situationen auf dem Arbeits- und Ausbildungsstellenmarkt. Abschlußbericht, Soziologisches Forschungsinstitut Göttingen, Juli 1980, S. 180 ff.

lang den ausländischen Jugendlichen noch nicht zugute gekommen: die Zahl der in Ausbildung befindlichen Ausländer liegt seit 1976 konstant bei rund 30 000 (vgl. 4.2).

6. Zusammenfassung und Ausblick

Mit den sich ändernden politischen und ökonomischen Bedingungen der letzten fünfzig Jahre hat sich auch das Problem der beruflichen Eingliederung ungelerner Jugendlicher, die sogenannte »Jungarbeiterfrage«, immer wieder gewandelt: es ist von einer in weiten Bevölkerungskreisen verbreiteten Erscheinung zu einem Randgruppenphänomen geworden. In den achtziger Jahren wird es vorrangig ein Problem der zweiten und dritten Ausländergeneration sein, die derzeit in der Bundesrepublik heranwächst.

Denn die Integration der Ausländerjugendlichen im Bildungs- und Ausbildungsbereich ist bislang noch nicht zufriedenstellend gelungen. Im Bereich der allgemeinbildenden Schulen liegt die Schulbesuchsquote zwar mittlerweile bei durchschnittlich 84%, im Bereich der Grundschule sogar bei nahezu 100%, doch ist die schulische Integration durch die hohe regionale Konzentration der Ausländer sowie deren Konzentration auf die Hauptschule, die von 75% der ausländischen Schüler im Sekundarbereich I besucht wird, erheblich erschwert.

Im Bereich der beruflichen Bildung sind die Ausländerkinder bislang sehr stark unterrepräsentiert. Nach wie vor besucht nur rund die Hälfte der berufsschulpflichtigen Ausländer die Berufsschule. Von allen 15- bis unter 19jährigen erhalten 16% eine Ausbildung im dualen System, 5% besuchen weiterführende berufliche Vollzeitschulen. Etwa 92000 ausländische Jugendliche, das sind 57% des entsprechenden Altersjahrgangs erhalten überhaupt keine berufliche Qualifizierung in Schulen oder Betrieben. Der Anteil der Ausländer an allen Jugendlichen ohne Ausbildungsvertrag beträgt derzeit bereits 37%. Er wird in den kommenden Jahren weiter ansteigen.

Etwa 75000 junge Ausländer zwischen 15 und 20 Jahren stehen weder in einem Arbeits- noch in einem Ausbildungsverhältnis, das ist rund ein Drittel der entsprechenden Altersgruppe.

Die Vorausschätzung der künftig zu erwartenden Schüler- und Schulabgängerzahlen ergibt, daß im Bereich der Grundschulen, bei den Schulanfängern das Maximum mit rund 83 500 Einschulungen (= 11% aller Einschulungen) bald erreicht sein dürfte. Die Zahl der Schulabgänger wird sich bis Ende der 80er Jahre kontinuierlich erhöhen und ihren Höchststand 1990/91 mit mindestens 80000 ausländischen Schulentlassenen nach Beendigung der Pflichtschulzeit erreichen. Der Anteil der Ausländer an allen Schulabgängern nach Ableistung der Vollzeitschulpflicht wird sich bis 1991 auf 25% erhöhen und danach voraussichtlich wieder absinken. Die angegebenen Werte stellen allerdings Untergrenzen dar, die mit Sicherheit überschritten werden, da auch weiterhin mit einem Zustrom an nachreisenden Familienangehörigen zu rechnen ist.

Die dargestellten Entwicklungen zeigen, daß in Zukunft in noch stärkerem Maße als derzeit sichtbar die Probleme der Jugendlichen ohne Berufsausbildung und der arbeitslosen Jugendlichen zu Ausländerproblemen werden. Allerdings wird es sich bei den nachwachsenden Ausländergenerationen großenteils um bereits hier geborene, aufgewachsene und z. T. auch eingebürgerte Jugendliche handeln, die möglicherweise eine ethnische Minderheit darstellen werden, deren Heimatland jedoch die Bundesrepublik Deutschland sein wird.

Für eine verbesserte soziale, bildungsmäßige und berufliche Integration dieses Personenkreises erscheinen m. E. solche Maßnahmen vordringlich, die frühzeitig im Entwicklungsprozeß der Kinder und Heranwachsenden ansetzen, wenn noch Veränderungen erreichbar sind. Das aber heißt, daß verstärkt Kindergärten, Grund- und Hauptschulen in die Lage versetzt werden müssen, diese Aufgaben wahrzunehmen, aber auch Berufsschulen und die Träger außerschulischer Maßnahmen.

In Gesprächen mit in diesen Bereichen tätigen Lehrern, Ausbildern oder Sozialbetreuern gewinnt man häufig den Eindruck, daß es gar nicht so sehr an Absichtserklärungen oder Programmen und häufig auch gar nicht so sehr an Geld mangelt als vielmehr an Fragen der Organisation und den Mög-

lichkeiten der Durchführung bestimmter Maßnahmen und Programme vor Ort. Solange schulbesuchswillige Ausländer aus Kapazitätsmangel abgewiesen werden, solange ausländische Jugendliche mit unzureichenden Deutschkenntnissen in deutschen Sonderschulen für Lernbehinderte sitzen oder junge Türken mit Abitur in einer Berufsvorbereitungsklasse für Jugendliche ohne Hauptschulabschluß, solange der Unterricht mit ausländischen Schülern sachlich und personell völlig unzureichend ausgestattet ist und außerdem im Prestigegefüge der Pädagogen ganz unten rangiert (die Liste ließe sich fortsetzen), solange Vorurteile, Diskriminierungen und Ausländerfeindlichkeit nicht weiter abgebaut werden, solange können Programme und Geld allein wenig zur Lösung der anstehenden Probleme beitragen.